



Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

30 Jahre Deutsche Einheit: Erinnern, Bewahren und Blick nach vorn richten Drucksache 19/2436

Der Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Antrag „30 Jahre Deutsche Einheit: Erinnern, Bewahren und Blick nach vorn richten“ (Drucksache: 19/2436) wird wie folgt geändert:

Nach dem Punkt „Bei der zukünftigen Überarbeitung der Leitfäden für die Fächer Geschichte und Wirtschaft/Politik soll die Thematik Berücksichtigung, z. B. in Form einer exemplarisch ausgearbeiteten Unterrichtseinheit, finden. Auch unter der Berücksichtigung digitaler Formate.“ wird hinzugefügt:

Es sollen Zeitzeugen in den Unterricht eingebunden werden.

Nach dem Punkt „Die Thematik Deutsche Einheit soll nachhaltig Eingang in fachspezifische Fortbildungsangebote finden.“ wird hinzugefügt:

Die Landeszentrale für politische Bildung soll in ihren Bildungsangeboten die Erinnerung an die totalitäre sozialistische Staatsform und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung der „DDR“ stärker berücksichtigen.

Begründung:

Neben der Freude über die Wiedervereinigung müssen auch die Erinnerungen an die Repressalien und Verbrechen des SED-Staates wachgehalten werden. Dies gilt insbesondere für jüngere Menschen, die sich an diese Zeit nicht erinnern können. Die Einbindung von Zeitzeugen in den Unterricht ermöglicht es, anhand von persönlichen Schicksalen die Geschichte der SED-Diktatur lebensnah zu vermitteln, und das politische Bewusstsein für die Gefahren totalitärer Strukturen zu stärken.

Dr. Frank Brodehl und Fraktion